

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Abendzeitung

德華日報

中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chinesischen Postamt.

8. Jahrgang

Tientsin, Freitag, den 1. Oktober, 1937.

Nr. 2151

Diplomatie um den Fernost-Konflikt

Die japanische Antwort auf die amerikanische Note nur kurz.

Newyork, den 30. September (Reuter). Der Berichterstatter der „Newyork Times“ in Washington sagt, dass die japanische Antwort auf die amerikanische Protestnote gegen das Bombenabwerfen aus japanischen Flugzeugen auf Nichtkämpfer so kurz ist, dass sie fast nichtssagend, wenn nicht einfach eine rein formelle Antwort ist. Er sagt, dass die Antwort der Lage keinen wesentlich neuen Anblick gegeben hat und auch kein Anzeichen dafür gibt, dass die Japaner ihre Politik mit Rücksicht auf die Weltmeinung aufgeben werden. Ferner, sagt der Berichterstatter, erweckt die Antwort den Eindruck, dass in Japan die Offiziere des Heeres und der Flotte das Wort haben und nicht den, dass das Auswärtige Amt eine wahre Kontrolle der lebenswichtigen Fragen in seinem eignen Gebiete ausübt.

Das Staatsdepartement von der japanischen Antwort enttäuscht

Washington, den 30. September (Reuter) Das Staatsdepartement ist darüber enttäuscht, dass die Japaner in ihrer Antwort auf die Note der Vereinigten Staaten keine bestimmten Garantien gegen den Bombenabwurf auf chinesische Nichtkämpfer geben. Die Antwort als Ganzes hat hier keine Ueberraschung hervorgerufen.

Unterrichtete Kreise sagen, dass man die Antwort wenigstens in einer Hinsicht nicht als Zufriedenstellend ansehen kann, nämlich in dem Teil, wo die Japaner die Hoffnung aussprechen, dass die Vereinigten Staaten mit den japanischen Truppen zusammenarbeiten werden, wenn die Japaner darum ersuchen, dass die Ausländer sich in Sicherheit bringen. Man sieht hier darin die Zumutung, dass die Vereinigten Staaten das Recht zuerkennen sollten, die Bewegung der diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten in China zu diktieren. Weniger stark ist die Enttäuschung, und nicht besonders gross die Ueberraschung, darüber, dass die Japaner von Neuem die Verantwortung für die dem Eigentum der Vereinigten Staaten durch die japanischen Kriegshandlungen zugefügten Schaden ablehnen.

Nationaler Arbeiterrat verlangt Boykott gegen Japan

London, den 29. September (Reuter) National Council of Labour verlangte heute abend auf einer Sondersitzung, auf der sowohl der Industrielle wie auch der politische Flügel der britischen sozialistischen Bewegung vertreten waren, ein Verbot japanischer Einfuhr. Ferner rief der Rat die britische Regierung an, sie solle die Regierung der Vereinigten Staaten auffordern, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Grossbritannien zur Vermittlung bereit.

London, den 29. September (Reuter). Das britische Kabinett untersuchte heute auf seiner Sitzung die Lage in Fernen Osten, wie sie sich nach den letzten Berichten darstellt.

Wie man hört, wird der Vorschlag, japanische Güter wirtschaftlich zu boykottieren, der aus einigen Kreisen kommt, in Kreisen der Regierung keine Billigung finden.

Man hört jedoch, dass, wenn es notwendig sein sollte, Grossbritannien bereit wäre, als Vermittler zwischen den kämpfenden Parteien zu wirken.

Schmerzensgeld für den britischen Botschafter.

London, den 29. September (Reuter) Die Regierung will das Parlament ersuchen, dem britischen Botschafter in China, Sir Hughe Knatchbull-Hugessen wegen der schweren Verletzungen, die er erlitten hatte, als er aus einem japanischen Flugzeuge von einer Maschinengewehrfeuer getroffen wurde, die Summe von £ 5000.— zu bewilligen.

Die Mühle des Völkerbundes

Genf, den 29. September (Reuter) Das Präsidium des Ostasien-Ausschusses hat den Vorschlag des französischen Vertreters angenommen, einen Unter-

ausschuss zu bilden, der den chinesisch-japanischen Konflikt von allen Gesichtspunkten aus beurteilen und dann seine Entschliessung vorlegen soll.

Neue Anweisung für die chinesische Vertretung im Völkerbund

Genf, den 30. September (Reuter). Wie man hört, hat die chinesische Abordnung im Völkerbunde neue Anweisungen erhalten und beabsichtigt eine allseitige Besprechung des chinesisch-japanischen Konfliktes zu verlangen und zu fordern, dass der Angriff Japans festgestellt wird, und dass infolgedessen die betreffenden Bestimmungen der Völkerbundssatzungen voll in Anwendung kommen.

Landkriegsbestimmungen der britischen Armee

Beschiessung, Angriff und Belagerung

Paragraph 117. Einschliessung, Beschiessung, Ueberfall und regelrechte Belagerung sind für sich selbst oder gemeinsam rechtmässige Mittel der Kriegsführung. Ihre Anwendung ist jedoch streng begrenzt auf verteidigte Ortschaften. Die Beschiessung oder ein sonstiger Angriff auf unverteidigte Städte, Dörfer oder Gebäude, ob sie nun befestigt sind oder nicht, sind verboten.

Paragraph 119. Eine verteidigte Ortschaft braucht nicht befestigt zu sein und verteidigt ist sie, wenn Truppen sie im Besitz haben oder durch sie marschieren.

Paragraph 120. Für den Angreifer besteht keine gesetzliche Verpflichtung, die Beschiessung auf die Befestigungen oder den verteidigten Saum der Ortschaft allein zu beschränken; im Gegenteil, die Zerstörung von privaten und öffentlichen Gebäuden durch Beschiessung ist immer als ein rechtmässiges

Mittel, den Ortsbehörden die Ratsamkeit der Uebergabe nahezuzeigen, betrachtet worden und wird als solche betrachtet.

Paragraph 123. Eine Stadt, die durch einzelne Forts verteidigt wird, wenn auch die Forts von der Stadt weiter entfernt sind, kann beschossen werden, denn die Stadt und die Forts bilden ein untrennbares Ganzes. Die Stadt kann nämlich vielleicht Werkstätten enthalten und Vorräte liefern, die für die Verteidigung unschätzbar sind und kann zur Unterbringung des dienstfreien Teils der Besatzung verwandt werden.

Paragraph 124. Wenn es die militärische Lage erlaubt, soll der Führer der angreifenden Gruppe alles tun, was in seinen Kräften steht, um die Behörden vor Beginn der Beschiessung zu warnen, sollte er nicht das Ueberraschungsmoment wesentlich für den Erfolg ansehen. Für einen beabsichtigten Ueberfall besteht keine Verpflichtung zur Warnung.

Paragraph 125. Es gibt keine Vorschrift, welche den Führer der Einschliessungsarmee verpflichtet, allen Nichtkämpfern, ja selbst den Frauen, Kindern, Alten, Kranken und Verwundeten oder den Angehörigen neutraler Staaten zu erlauben, die belagerte Ortschaft zu verlassen. Der Umstand, dass Nichtkämpfer zusammen mit den Kämpfern belagert werden und dass sie dieselben Leiden zu erdulden haben, kann, und das tut es oft, einen Druck auf die Behörden zur Uebergabe der Stadt ausüben. Es ist deshalb dem Ermessen des Führers der Belagerungsarmee anheimgestellt, ob er solchen Personen das Verlassen der Stadt erlauben will. Jemand, der vorübergehend in dieser Ortschaft ist, hat nicht den Anspruch auf andere Behandlung, wie ein gewöhnlicher Einwohner.

Paragraph 126. Ein diplomatischer Gesandter einer neutralen Macht sollte auf Grund seiner persönlichen Immunität nicht am Verlassen der Ortschaft verhindert werden, und dies bezieht sich vielleicht auf einen Konsulsbeamten einer neutralen Macht. Wenn er freiwillig sich zu bleiben entschliesst, muss er dieselbe Behandlung annehmen, wie die übrigen Bewohner. Wenn die Feindseligkeiten schon im Gange sind, kann er nicht um die Erlaubnis zum

(Fortsetzung Seite 8)

Der Führer erwidert den Besuch des Duce

Hitler nach Rom eingeladen.

Berlin, den 20. September (Reuter). Amtlich wird bekanntgemacht, dass der Führer die Einladung des Duce, nach Italien zu kommen, angenommen hat. Bisher ist noch nicht bestimmt, wann der Besuch geschehen wird.

Der Duce fährt nach Rom zurück Deutsch-italienische Führung in Europa

Berlin, den 30. September (Havas). Vor seiner Abreise aus Deutschland sprach Benito Mussolini Adolf Hitler die offizielle Einladung aus, nach Italien zu kommen. Der Zeitpunkt der Reise des Führers steht noch nicht fest, voraussichtlich aber wird sie bald erfolgen.

Der italienische Diktator und sein Gefolge fuhren gestern mit einem Sonderzug um 3.41 Uhr nachmittags ab. Sie wurden bis an die österreichische Grenze durch den stellvertretenden Führer der nationalsozialistischen Partei Rudolf Hess begleitet. Tausende von Menschen jubelten dem Duce zu, als er zum Bahnhof fuhr, wo Mitglieder des Reichskabinetts und hohe Beamte der nationalsozialistischen Partei sich versammelt hatten, um ihren italienischen Gästen Lebewohl zu sagen. Bevor Mussolini einstieg, hatte er noch eine kurze Aussprache mit dem Führer. Als der Zug aus dem Bahnhof rollte, stand der Duce am Fenster seines Wagens, den Arm im faschistischen Grusse ausgestreckt.

Hier verlautet, dass eine amtliche Mitteilung über den Besuch des Duce in Deutschland nicht erfolgen wird. Die amtlichen italienischen und deutschen Kreise betonen aber den friedlichen Charakter des Besuches. Die militärischen Kundgebungen während des Besuches der italienischen Gäste werden als Anzeichen des Entschlusses gedeutet, den Bolschewismus mit allen Mitteln, ja selbst mit den Waffen, zu bekämpfen.

Der Besuch bedeutet für die europäische Politik eine Zeitenwende. Nationalsozialistische Beurteiler sagen: „Nach dem Weltkriege haben die westlichen Demokratien gestützt auf ihre militärische Ueber-

legenheit ihre Vorherrschaft aufgerichtet. Jetzt haben sich die Zeiten geändert, das faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland haben es der Welt zu verstehen gegeben, dass sie die Führung über die Politik zu ergreifen gedenken.

Mussolinis Triumph-Einzug in Rom.

Rom, den 30. September (Reuter). Mussolini kehrte heute abend von seinem Besuche beim Führer in Deutschland zurück. Seine Heimkehr erinnerte an die eines römischen Kaisers, der einen militärischen Triumph feiert. Sirenen heulten, Kirchenglocken läuteten und die Strassen waren mit Lorbeer bedeckt.

Mussolinis Rede nach der Rückkehr

Rom, den 30. Sept. (Havas) Man erwartet, dass Signor Benito Mussolini nach seiner Rückkehr nach hier eine Rede halten wird, die die Veränderungen in der internationalen politischen Lage, die seit seiner Abreise nach Deutschland geschehen ist, überblickt. Der Duce konnte während er Gast in einem fremden Lande war, keine Erklärung über die internationale politische Lage abgeben, wird aber vermutlich dazu sobald er wieder in Rom ist, Gelegenheit nehmen.

Tschechische Zeitung für den deutschen Kolonialanspruch.

Prag, den 29. September (Transocean). Mussolinis Deutschlandbesuch hat in der Tschechoslowakei tiefen Eindruck gemacht und hat die tschechische konservative Zeitung „Naradna Politika“ veranlasst, einen Aufsatz zu schreiben, in dem sie sich für die Rückgabe der früheren Kolonien an Deutschland ausspricht, weil sie der Uebergangung ist, dass ein solches Vorgehen dem Welthandel grossen Nutzen bringen werde. Die Tschechoslowakei als ein Land, das über die genügenden Rohstoffe nicht verfüge, ist notwendig daran interessiert, dass die deutschen Kolonialforderungen ihre Erfüllung finden, da jede vernünftige Lösung dieser Frage wesentlich dazu helfen werde, die Handelsbeziehungen zwischen Prag und Berlin zu festigen.

